



Protokoll

Nr. 24

**über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 12. Mai 2022, 08.15–10.15 Uhr
Regierungsgebäude Kanton Luzern,
Kantonsratssaal**

Vorsitz:

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann

Präsenz:

Anwesend sind 45–46 Ratsmitglieder.

Entschuldigt:

Claudio Soldati (ganzer Tag)

Stefan Sägesser ab 9.15 Uhr

**Stadtpräsident und Bildungsdirektor Beat Züsli ist den
ganzen Tag entschuldigt.**

Der übrige **Stadtrat** ist vollzählig erschienen.

Protokoll:

Karin Spinnler Schmid

Verhandlungsgegenstände	Seite
1. Mitteilungen der Ratspräsidentin	2
2. Gast-Input Journalismus: Dr. Franz Egle	2
3. Genehmigung des Protokolls 21 vom 17. Februar 2022	3
4. Bericht und Antrag 5/2022 vom 2. Februar 2022: Neubau Regenüberlaufbecken Carl-Spitteler-Quai Sonderkredit für die Projektierung	3
5. Motion 86, Marco Baumann und Sandra Felder-Estermann namens der FDP-Fraktion, Agnes Keller-Bucher und Roger Sonderegger namens der Mitte-Fraktion sowie Patrick Zibung namens der SVP-Fraktion vom 13. April 2021: Parkplatzlösung für Stadtluzerner Vereine schaffen	10
6. Interpellation 146, Adrian Albisser und Tamara Celato namens der SP-Fraktion vom 25. November 2021: Arbeitsbelastung der Schulleitungen	17

Beratung der Traktanden

1 Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann begrüsst die Anwesenden zur 24. Sitzung des Grossen Stadtrates im Kantonsratssaal. Heute findet eine kurze Sitzung statt – ein angenehmer Kontrast zu den sehr intensiven Sitzungen, die in diesem Jahr bereits stattgefunden haben. Die Sitzung wird wieder live übertragen. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates sind gebeten, jeweils aufzustehen, wenn sie ihr Votum halten und nur dann das Mikrofon einzuschalten. So weiss die Kamera, wohin sie schweifen muss. Im Live-Stream wird jeweils der Name und die Parteizugehörigkeit angezeigt. Am Schluss der heutigen Sitzung wird Heidi Rast aus dem Grossen Stadtrat verabschiedet.

Die Sprechende gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Seite 1) und teilt mit, dass Stadtpräsident und Bildungsdirektor Beat Züsli auf dem Weg nach Chicago ist, der Partnerstadt von Luzern, und er sich deshalb für diese Sitzung entschuldigen muss.

Am 8. April 2022 konnte Daniel Lütolf seinen 50. Geburtstag feiern, und am 22. April 2022 feierte das älteste Ratsmitglied, Silvio Bonzanigo, ebenfalls einen runden Geburtstag, nämlich seinen 70sten. Die Sprechende gratuliert den beiden nachträglich im Namen des Grossen Stadtrates und wünscht ihnen viel Glück, alles Gute und beste Gesundheit. Die Anwesenden schliessen sich den Gratulationen mit einem herzlichen Applaus an und die Ratsweibelin überbringt Daniel Lütolf und Silvio Bonzanigo ein kleines Präsent.

2 Gast-Input Journalismus: Dr. Franz Egle

Das Referat wird in einer leicht gekürzten Version wiedergegeben:

Franz Egle dankt Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann für die Einladung. In Emmenbrücke aufgewachsen, wohnt er, mit einem längeren Unterbruch in Bern, seit vielen Jahren in Luzern. Sein Beruf ist es, Kontakt herzustellen zwischen Unternehmen, Persönlichkeiten und Institutionen auf der einen Seite und Medien und Politik auf der anderen Seite. Nach Tätigkeiten als Journalist während des Studiums, später als Kommunikationsverantwortlicher bei Sony Schweiz und in den 1990er Jahren als Informationschef des EDA sowie Berater des damaligen Bundesrates Flavio Cotti, bewegt er sich jetzt seit 45 Jahren als Berater im Dreieck Unternehmen – (klassische) Medien – Bundespolitik und betreut schweizerische wie internationale Kunden, u. a. den ägyptischen Unternehmer Samih Sawiris, das WEF, die ETH Zürich sowie zwei Firmen auf dem Platz Luzern. Als Fazit aus dieser Zeit hebt Franz Egle zwei Punkte hervor:

1. Medien in der Schweiz

Thesenjournalismus – das heisst das bewusste Weglassen von Fakten, die nicht ins Bild von einem Journalisten oder einer Journalistin passen – gibt es auch in der Schweiz. Ihn pflegen vor al-

lem die Sonntagsmedien mit einer gewissen Regelmässigkeit. Wird man einmal Ziel einer medialen Kampagne, ist es schwierig, sich zu wehren. So erlebte es Franz Egle beim Andermatt-Projekt. Trotz aller Mängel funktioniert das Mediensystem in der Schweiz gut. Der Sprechende sagt bewusst *System* und meint damit die Arbeitsteilung und Ergänzung der verschiedenen Medien. Es funktioniert gut, weil die Journalistinnen und Journalisten mehrheitlich verantwortungsvoll sind und auch weil es Konkurrenz zwischen den Medien gibt. Der Platz Luzern ist dabei ein bisschen speziell, weil die LZ eine dominante Stellung hat. Er hat aber den Eindruck, dass die Redaktion der LZ ihre Verantwortung mehrheitlich wahrnimmt.

2. Politik und Institutionen

Der Sprechende ist nach gut 30-jähriger Erfahrung mit der Bundesverwaltung klar der Meinung, dass die politischen Institutionen in der Schweiz und die Verwaltungen insgesamt gut, professionell und korrekt – also im Interesse der Bürgerinnen und Bürger – arbeiten. Mitglieder des Parlaments wie die Spitzen der Verwaltung sind nicht käuflich. Die verantwortlichen Leute sind in der Regel kompetent, lösungsorientiert und gesprächsbereit. Man hört interessiert zu, will helfen, wenn es geht, zeigt aber auch die Grenzen der Möglichkeiten klar auf.

Franz Egle ruft alle dazu auf, zu schauen, dass dies auch so bleibt und dankt für die Aufmerksamkeit.

3 Genehmigung des Protokolls 21 vom 17. Februar 2022

Das Protokoll 21 vom 17. Februar 2022 wird genehmigt.

4 Bericht und Antrag 5/2022 vom 2. Februar 2022: Neubau Regenüberlaufbecken Carl-Spitteler-Quai Sonderkredit für die Projektierung

EINTRETEN

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 31. März 2022 den Bericht und Antrag 5/2022 «Neubau Regenüberlaufbecken Carl-Spitteler-Quai» behandelt. Sie hat den Sonderkredit über 1,4 Mio. Franken für die Projektierung mit grosser Mehrheit bewilligt.

Bei starken Regenereignissen sind die Kanalisationsleitungen in der Haldenstrasse, der Töpferstrasse, der Löwenstrasse, der Dreilindenstrasse und im ganzen Wey-Quartier überlastet und können das Regen- und Abwasser nicht aufnehmen. Die Folge davon ist, dass verschmutztes Wasser in den Vierwaldstättersee geleitet wird. Für die Baukommission ist deshalb unbestritten, dass die Stadt handeln muss. Mit dem Bau eines Regenüberlaufbeckens am Carl-Spitteler-Quai ist es möglich, die Gewässerschutzgesetzgebung wieder einzuhalten.

Die Baukommission hat ausführlich darüber diskutiert, ob der Standort für das Becken richtig gewählt wurde, oder ob sich in der näheren Umgebung ein besser geeigneter Standort finden lässt. Ein Antrag auf Rückweisung zur Überarbeitung, mit dem Auftrag, andere Standorte entlang der Haldenstrasse zu prüfen, wurde deutlich abgelehnt. Dagegen hat die Baukommission eine Protokollbemerkung beschlossen, die verlangt, dass im Rahmen der Projektierung geprüft wird, ob das Regenüberlaufbecken Richtung Osten verschoben werden kann. In der Schlussabstimmung genehmigte die Baukommission den Sonderkredit mit 10 : 0 : 1 Stimmen.

Andreas Moser: Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht und Antrag. Es ist bekannt, dass bei Starkregen die Kanalisationsleitungen im Halden- und Wey-Quartier überlastet sind. Um zu verhindern, dass im Ereignisfall verschmutztes Wasser in den Vierwaldstättersee fliesst und um die Gewässerschutzgesetzgebung einzuhalten, muss der Stadtrat handeln. Er legt dem Parlament drei Varianten vor, die nach verschiedenen Kriterien bewertet wurden. Alle Varianten haben ihre Vor- und Nachteile. In jedem Fall ist es ein Eingriff in den städtischen Raum, der mit Zielkonflikten verbunden ist. Der Stadtrat schlägt die Badewiese beim Carl-Spitteler-Quai als Standort vor. Der Eingriff liegt an delikater Stelle im Stadtraum. Der Stadtrat legt aber gut und nachvollziehbar dar, dass im Quervergleich der drei Varianten die Variante Carl-Spitteler-Quai für die Realisierung des Regenüberlaufbeckens die beste Variante ist. Zudem überzeugt die vorgeschlagene Lösung auch aus langfristiger Sicht. Sie sichert maximale Flexibilität für zukünftige Anpassungen beim Luzernerhof. Die FDP-Fraktion wird auf den Bericht und Antrag eintreten und dem Sonderkredit von 1,4 Mio. Franken für die Projektierung der vorgeschlagenen Variante zustimmen.

Stefan Sägesser: Auch die GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht und Antrag. Es wurden Grundlagen erschaffen und der Stadtrat und die Verwaltung konnten mehrere spannende Varianten für das Regenüberlaufbecken studieren und beurteilen. Der Stadtrat kam zum Schluss, dass die Variante Carl-Spitteler-Quai am besten überzeugt. Die GLP-Fraktion sieht das schlussendlich auch so, auch wenn sie ein grundsätzliches Problem sieht, das schon beim Projekt an der Eschenstrasse diskutiert worden ist: Die Carl-Spitteler-Wiese – sein Vorsprecher betitelte sie als Badewiese; dabei darf man nicht vergessen, dass es dort bis vor nicht langer Zeit noch hiess: Betreten verboten – hat nebst einer hohen Aufenthaltsqualität an diesem Quai auch die Funktion eines Schwammbodens. Das ist aus Sicht der Fraktion der kleine Makel bei dieser Variante. Ausgerechnet eine der letzten grossen Flächen, die mehr oder weniger durchgehend grün ist und wo das Wasser versickern kann, wird teilweise unterbunkert. Bei Betrachtung aller Varianten zeigt sich aber, dass es sinnvoll ist, das Rückhaltebecken an diesem Standort optimiert zu versenken. Optimiert insofern, als dass man mit der Protokollbemerkung der Baukommission sagt, man solle den Perimeter nicht nur auf der Wiese prüfen, sondern gegen Osten ausdehnen. Der Stadtrat opponiert dieser Protokollbemerkung nicht. In diesem Sinn ist die GLP-Fraktion über die Haltung des Stadtrates glücklich. Die GLP-Fraktion wird dem Bericht und Antrag zustimmen wie auch dem Sonderkredit und der Protokollbemerkung.

Lukas Bäurle dankt für den knappen und knackigen Bericht und Antrag. Das Vorgehen mit dem Vorprojekt und dem Variantenstudium scheint der G/JG-Fraktion zielführend. Man spricht nun über einen Sonderkredit von 1,4 Mio. Franken für die Planungsarbeiten der besten Variante. Die G/JG-

Fraktion hatte in der Baukommission eine sehr kritische Haltung gegenüber dieser Variante. Sie liess sich aber informieren, durfte sogar die Pläne anschauen und kann nun nachvollziehen, dass die Variante Carl-Spitteler-Quai weiterzuziehen ist. Es ist wie beispielsweise bei der Eschenstrasse nicht nur ein rein ingenieurmässiges Problem, sondern es sind auch viele Querbezüge und Güterabwägungen notwendig. Im Prinzip ist die Fraktion der Meinung, dass der Fächer so gross wie sinnvoll offengelassen werden sollte. Insofern unterstützt sie die Protokollbemerkung der Baukommission. Die G/JG-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt dem Projektierungskredit zu.

Peter Gmür: Der Bericht und Antrag ist gut erklärt. Die Gründe für die Variante Carl-Spitteler-Quai sind für die Mitte-Fraktion nachvollziehbar. In einer stark bebauten Stadt – vor allem auf dem rechten Seeufer – ist klar, dass so Eingriffe unvermeidbar sind. Die Fraktion geht davon aus, dass die Bauzeit für das Regenüberlaufbecken nie so lange dauern wird wie beispielsweise die Bauzeit für den Durchgangsbahnhof. Die anderen Projekte, es wurde erklärt, sind teilweise zu teuer, weniger gut oder erfüllen die Kriterien des Denkmalschutzes nicht. Die Variante Carl-Spitteler-Quai ist demzufolge die Beste. Aus diesem Grund wird die Mitte-Fraktion auf den Bericht und Antrag eintreten und dem Kredit zustimmen.

Patrick Zibung: Für die SVP-Fraktion ist das Thema relativ unbestritten, schützt es doch einen Teil der Stadt vor Überflutung und die Natur vor Verschmutzung. Die Erläuterungen und Begründungen für den Standort sind für die Fraktion nachvollziehbar. Man hat das offenbar intensiv geprüft; deshalb kann sie dem folgen. Dass mittels Protokollbemerkung alternative Standorte für das Überlaufbecken gesucht werden sollen, ist für die SVP-Fraktion grundsätzlich in Ordnung, sie wird der Protokollbemerkung nicht opponieren, auch wenn aus ihrer Sicht keine wirklichen Alternativen vorhanden sind. Sie geht davon aus, dass die Protokollbemerkung am Projekt nicht viel ändern wird. Die SVP-Fraktion tritt auf das Geschäft ein und wird dem Projektierungskredit zustimmen.

Mario Stübi: Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für den Bericht und Antrag. Sie unterstützt den Bau eines solchen Beckens – die Notwendigkeit ist gegeben. Der Transparenz halber: Hier wird der Badeplatz von einigen Mitgliedern der Fraktion aufgerissen. Aber das ist nicht der Grund, warum die SP-Fraktion bei diesem Kredit eine differenziertere Haltung als die anderen Fraktionen hat. Hier wird erneut eine grosse Fläche versiegelt, rund 1'000 Quadratmeter. Zum Vergleich: Diese Fläche ist grösser als die unversiegelte Fläche auf dem Helvetiaplatz. Hier wird also nie mehr ein grösserer Baum wachsen können. Und es kann, Stand heute, noch nicht ausgeschlossen werden, dass es bei diesem wunderbaren Baumbestand am Quai zu Fällungen kommt. Bei der Eschenstrasse vor ein paar Wochen konnte ein solches Vorhaben noch abgewendet werden, indem das Parlament das bereits überbaute und unterkellerte Areal des Neubads als sinnvolle Alternative beschloss. Aber das Vorgehen des Stadtrates ist hier wiederum das Gleiche: Er scheint für eine solche Infrastruktur ausschliesslich Flächen im Eigentum der Stadt Luzern abzuklären. Dabei ist der Boden in der Innenstadt mehrheitlich in privatem Besitz. Warum muss immer der öffentliche Grund für solche Infrastrukturprojekte herhalten?

Ein erster Gedanke der Fraktion war: Warum baut man das Regenüberlaufbecken nicht unter den Tennisplätzen nebenan? Auf den Feldern hat es per se keine Bäume, und ebenso wichtig: Die Bauzeit würde nur einen Bruchteil der Bevölkerung tangieren.

Eine weitere, ungeprüfte Alternative ist das Parkhaus Casino-Palace. Diese Betonwanne ist nur 300 Meter entfernt und näher am Luzernerhof, was vom Gefälle her für den Wasserabfluss sogar ein Vorteil wäre. Auch für ihn als Laie ergibt sich hier ein Gewinn gegenüber dem Standort Carl-Spitteler-Quai. Um das zu erläutern, nennt der Sprechende die drei Risiken Geologie, Grundwasserspiegel und Altlasten, die im Zusammenhang mit der Bestvariante auf Seite 11 des Berichts und Antrags aufgezählt sind:

- Geologie: Beim Parkhaus Casino-Palace existiert kein unbekannter Kohleabbauort, es sind folglich keine Probebohrungen nötig wie am Quai.
- Grundwasserspiegel: Beim Parkhaus sind keine Zusatzmassnahmen wie am Quai nötig, die Wanne ist bereits vorhanden.
- Altlasten: Kein Risiko, weil schon gebaut.

Die Stadt ist zu einem Drittel Aktionärin an der Parkhaus Casino-Palace AG und hat einen Sitz im Verwaltungsrat. Der Versiegelungsgrad ist beim Parkhaus gleich null, weil es schon eine gebaute Mulde ist. Das Parlament hat im Bericht und Antrag zu den Becken Moosmatt-Schulhaus und Eschenstrasse eine Protokollbemerkung verabschiedet, die bei solchen Projekten eine höhere Gewichtung des Prinzips Schwammstadt verlangt. Genau hier könnte die Protokollbemerkung ein erstes Mal umgesetzt werden.

Die SP-Fraktion kann nicht beurteilen, ob die beiden von ihr vorgeschlagenen Alternativstandorte planerisch umsetzbar sind. Aber der Stadtrat kann es fairerweise auch nicht, weil er diese Standorte nicht abgeklärt hat. Das stört die Fraktion. Sie ist sich aber bewusst, dass sie mit dieser Haltung alleine dasteht. Deshalb, und auch weil der Stadtrat der Protokollbemerkung zur zusätzlichen Prüfung der Tennisplätze nicht opponiert, wird die Fraktion auf den Bericht und Antrag eintreten. Ein Teil der Fraktion wird sich aber beim Kredit enthalten.

Die SP-Fraktion wünscht sich, dass der Stadtrat in Zukunft bei solchen Projekten seinen Fokus wieder öffnet und sich ohne Scheuklappen an die Planung macht – auf der Suche nach der besten Lösung, nicht nach dem Weg des geringsten Widerstands. Schliesslich unterliegt der Planungskredit, aber auch der Baukredit in ein paar Jahren, dem fakultativen Referendum. Es braucht also eine argumentativ fundierte, mehrheitsfähige Lösung, hinter der alle stehen können.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula dankt für die weitgehend positive Aufnahme des Berichts und Antrags. Der Sprechende ist froh, dass er an die letzte Diskussion anknüpfen kann. Man versteht heute vielleicht besser, warum und wofür Rückhaltebecken, oder wie im vorliegenden Fall Regenüberlaufbecken, notwendig sind; sie scheinen nicht mehr grundsätzlich kritisiert zu werden. Der Stadtrat ist gemäss Protokollbemerkung bereit, die leichte Verschiebung Richtung Tennisplätze zu prüfen. Er ist nicht sicher, ob das funktioniert, ob das zweckmässig ist, aber er ist der Ansicht, dass es im Rahmen des Kredits möglich ist, das zu überprüfen. Das Resultat der Überprüfung wird dem Parlament selbstverständlich mitgeteilt. Mario Stübi sagte, bei den Tennisplätzen würden keine Bäume betroffen sein. Das trifft nicht zu, weil diese Tennisplätze von Baumreihen eingerahmt sind. Das heisst, dass Bäume in dem Bereich gefällt werden müssten und insofern ist seine Aussage nicht ganz zutreffend. Natürlich hat das Projekt den Makel, dass eine zusätzliche

Fläche unterirdisch versiegelt wird. Immerhin wird sie überdeckt und sie wird in Zukunft, nach der Überdeckung, wieder eine gewisse Speicherkapazität haben. Auch die Qualität als Aufenthaltsraum wird mindestens so gut wie heute wiederhergestellt und die Wiese darf nachher auch wieder genutzt werden. Sie wird nicht nur zum Anschauen sein, das hat der Stadtrat veranlasst. Alternativen dazu wären entweder die Variante Parkhaus, Häuser abzureissen oder das Regenüberlaufbecken unter einem Bauprojekt zu erstellen. Es gibt in diesem Teil der Stadt ausser dem Kurplatz, dem Museumsplatz und der Carl-Spitteler-Wiese, die geprüft wurden, keine weiteren offenen Flächen, die Raum bieten würden, um ihn für diesen Zweck zu nutzen. Zum Vorwurf, der Stadtrat solle nicht nur auf öffentlichem Grund Infrastrukturanlagen erstellen und nicht den Weg des geringsten Widerstands gehen, versichert Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula der SP-Fraktion, dass ein solches Projekt einiges an Widerstand im Parlament, in der Bevölkerung, in der Anwohnerschaft, auf den Verkehrsachsen zur Folge haben wird. Der Stadtrat wird vielleicht auch noch mit Einsprachen konfrontiert werden. Der Weg des geringsten Widerstands ist ein solches Projekt nie, ausser, man liesse alles so, wie es jetzt ist. Aber dann würde sich einerseits sehr bald der Kanton melden und darauf hinweisen, dass die Stadt die Massnahmen vom GEP nicht umsetzt und andererseits würde wahrscheinlich aus diesem Parlament die Forderung laut, etwas zu unternehmen, weil der Gewässerschutz nicht sichergestellt ist. Deshalb schaut die Stadt zuerst, welche Flächen verfügbar sind, bei welchen Flächen man nicht für zehn Jahre in einen Enteignungsprozess hineingerät. Hinzu kommt, dass man Bausubstanz vernichten müsste. In der Baukommission wurde der Vorwurf laut, dass nicht einmal gefragt wurde, ob die Eigner des Parkhauses Casino-Palace das Parkhaus aufgeben möchten. Die Abklärungen, die zwischenzeitlich stattgefunden haben, ergaben, dass die Parkhaus AG – ein Drittel gehört dem Stadtaktionariat – das Parkhaus nicht aufgeben will. Grundsätzlich wäre es möglich, das Regenüberlaufbecken dort zu bauen, das wurde abgeklärt, aber nur bei vollständiger Aufhebung des Parkhauses. Das Parkhaus hat ein Baurecht bis im Jahr 2056. Die Stadt müsste die Restnutzung in irgendeiner Form entschädigen oder die Nutzungsrechte enteignen. Technisch könnte man das Volumen übernehmen. Man müsste aber unten eine Platte und eine Schräge einbauen sowie bei den Wänden wahrscheinlich die Zwischenböden entfernen. Eine grosse Schwierigkeit wäre, die Dichte zu erreichen, denn der Beton ist unterschiedlich alt und hat somit eine unterschiedliche Dichtigkeit; man müsste eine vollständige Beschichtung des Volumens vornehmen. Dazu kämen grosse zeitliche Unsicherheiten und eine finanzielle Unsicherheit, weil der Stadtrat jetzt nicht beziffern kann, was das kosten würde. Selbstverständlich gibt es in der städtischen Mobilitätspolitik und in der Klimapolitik das Anliegen, Parkplätze auf längere Frist, bis ins Jahr 2040, in einem gewissen Mass zu reduzieren. Aber das Reglement für die nachhaltige städtische Mobilität sagt eigentlich, dass Sammelparkieranlagen zur Entlastung des öffentlichen Raums zu bevorzugen sind. Also – so fragt der Sprechende –, macht es Sinn, eine bestehende Sammelparkieranlage, für die die graue Energie bereits verwendet worden ist, aufzuheben? Den Raum, den man für 18 Monate Baustelle, vielleicht insgesamt zwei Jahre für die Bevölkerung, nicht zur Verfügung hat, steht der Bevölkerung nachher wieder zur Verfügung. Einen Geologie-Vorteil wegen des Kohleabbaus, den Mario Stübi bei der Variante Casino-Palace erwähnt hat, sieht der Sprechende nicht. Der ehemalige Kohleabbau ist nicht unten, wo das Becken gebaut wird, sondern oben, im Zulauf zum Becken. Beim Parking Casino-Palace müsste man den Zulauf erst noch planen. Aber auch dort käme das Thema Kohleabbau zum Tragen. Somit stimmt das Argument nicht. Der Sprechende stört sich an der in der Diskussion gemachten

Aussage «jetzt könnte man endlich das Prinzip Schwammstadt anwenden» und erinnert daran, dass die Stadt schon seit Jahren dabei ist, das Prinzip Schwammstadt bei jeder Tätigkeit im öffentlichen Grund umzusetzen. Natürlich müssen manchmal Kompromisse eingegangen werden, beispielsweise, um den Gewässerschutz zu stärken. Dafür braucht es ein Rückhaltebecken, also muss man unter Umständen eine Fläche teilweise versiegeln. Das ist nicht das Optimum, aber man überdeckt dieses Becken und macht so die Fläche wieder verfügbar. Das Schwammstadt-Prinzip ist in der städtischen Verwaltung an allen Ecken und Enden angekommen. Die Stadt entsiegelt, wo immer es eine Möglichkeit gibt. Auch bei den Berechnungen im Bereich des Hochwasserschutzes und der Kanalisation ist man sich vollkommen bewusst, dass die Dimensionierungen davon abhängen, dass man das Schwammstadtprinzip (möglichst viel zurückzuhalten) gut anwenden kann; nicht zuletzt auch im Interesse der Klimaanpassung, damit das Regenwasser, das auf die Stadt kommt, später auch in der Stadt verdunstet und für ein angenehmeres Klima sorgt. In diesem Sinn bittet der Sprechende, den Kredit für die weitere Projektierung zu überweisen. Der Stadtrat wird die Forderung aus der Protokollbemerkung abklären. Der Stadtrat geht nicht davon aus, dass das vom Gefälle, von der Verfügbarkeit her die bessere Variante ist, aber er prüft das und wird auch in Zukunft nicht mit Scheuklappen nur auf die stadteigenen Flächen zugehen, sondern auch Optionen im Auge behalten, die vielleicht nicht der Stadt gehören. Wie alle wissen, ist das der beschwerlichere Weg, weil die Stadt in dem Fall über eine Enteignung gehen muss, wenn nicht irgendein Grundeigentümer oder eine Grundeigentümerin da ist, der bzw. die beispielsweise im Abtausch der Stadt sein/ihr Land zur Verfügung stellen kann.

DETAIL

Seite 8 ff. 3 Regenüberlaufbecken Carl-Spitteler-Quai

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission beantragt folgende **Protokollbemerkung:**

Die Tennisplätze Tivoli sind in die Standortwahl bei der Variante Carl-Spitteler-Quai miteinzubeziehen.

Die Protokollbemerkung wurde mit 7 : 3 : 1 Stimmen angenommen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung nicht.

Silvio Bonzanigo: Der Umwelt- und Mobilitätsdirektor führte soeben aus, was der Sprechende gerne bereits im Bericht und Antrag gelesen hätte. Die Erwägungen des Stadtrates zu dieser Protokollbemerkung kamen sehr schmalbrüstig daher. Er würde erwarten, dass auf Protokollbemerkungen argumentativ eingetreten wird. Es ist die Schuldigkeit des Stadtrates gegenüber dem Parlament, dass dieser nicht einfach sagt, die Protokollbemerkung, die die Baukommission entwickelt hat, wird vom Stadtrat unterstützt. Das ist die erste Bemerkung des Sprechenden. Mit der zweiten hält er fest, dass man sich genau überlegen muss, was die Protokollbemerkung zum Ziel hat. Er erinnert sich an den Fall Salle Modulable. Da wurden auch Standorte abgeklärt, die den vorgängig

bestimmten, guten Kriterien genügen sollten. Der Rat brachte dann, aus Sicht des Sprechenden in einem unmotivierten Vorstoss, die Emmenweid als Standort ins Spiel. Der Vorstoss wurde schlussendlich überwiesen. Als Folge davon zögerte sich der ganze Prozess um den Standortentscheid weiter hinaus. Der Sprechende denkt, dass das einer der entscheidenden Treiber war, weshalb das Projekt letztlich scheiterte: Man klärte auch Standorte ab, die die Bedingungen grundsätzlich nicht erfüllten. Verschiedene Fraktionssprecher führten aus, dass man auch private Grundstücke einbeziehen soll. Aber in dem Fall muss man sagen, das hier ein privater Grundeigentümer sein Land für seine Spielbetriebe nutzt. Für ihn würde das bedeuten, dass der Spielbetrieb voraussichtlich zwei oder drei Spielperioden eingestellt werden müsste, was ihn nicht erfreuen würde. Das heisst, man müsste mit rechtlichen Vorgängen rechnen, auch mit Entschädigungsforderungen für die Einstellung des Spielbetriebs. Man wäre auf der Zeitachse komplett kritisch unterwegs. Auf jeden Fall viel kritischer, als wenn man den Standortvorentscheid für das Carl-Spitteler-Terrain fällen würde. Überdies, wenn es um das Technische geht, müsste man den Rücklauf aus dem Gebiet Wesemlin/Dreilinden nochmals 200 Meter verlängern, was keinen Sinn macht. Deshalb denkt der Sprechende, man sollte in der Parallele zur Salle Modulable nicht Abklärungen machen, die unter einem ungunstigen Stern stehen. Ihm scheint, dass die Abklärungen zu den Tennisplätzen Tivoli genau in diesen Korb fallen. Deshalb empfiehlt der Sprechende, die Protokollbemerkung abzulehnen.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Dass die Antwort schmalbrüstig daherkommt, kann man so beurteilen. Aber es ist nicht vergleichbar mit einem anderen Standort. Es geht darum, den Standort etwas auszuweiten. Es geht nicht um 200 Meter, sondern um 30 bis 50 Meter, und ein Teil des Landes ist zudem in öffentlichem Besitz. Wenn es darum gegangen wäre, nochmals beispielsweise den Standort Löwenplatz zu prüfen, hätte der Stadtrat diese Protokollbemerkung nicht entgegengenommen. Man hätte es nicht im Rahmen dieses Kredits machen können. Aber da geht es um eine minimale Verschiebung, mit dem gleichen Prinzip. Deshalb ist es überhaupt nicht vergleichbar mit einem Standortentscheid Emmenweid bezüglich Salle Modulable. Es ist ein Prüfungsauftrag. Man soll prüfen, ob das Regenüberlaufbecken nicht noch etwas Richtung Tivoli-Tennisplatz verschoben werden kann. Das seriös abzuklären, innerhalb der kurzen Zeit, die zur Verfügung stand, bis der Stadtrat die Antwort auf die Protokollbemerkung beschliessen musste, war nicht möglich. Selbstverständlich hat sich der Stadtrat bezüglich Zuleitungen, Gefälle, das kritisch ist, bereits Gedanken gemacht. Aber der Stadtrat will nicht unseriös etwas ablehnen, das man im Rahmen des Kredits nochmals prüfen kann. Der Sprechende glaubt nicht, dass die Prüfung erfolgreich sein wird, aber der Stadtrat ist offen – und vielleicht ist sie tatsächlich erfolgreich.

Die Protokollbemerkung der Baukommission

Die Tennisplätze Tivoli sind in die Standortwahl bei der Variante Carl-Spitteler-Quai miteinzubeziehen.

wird überwiesen.

Seite 20 f. Antrag und Beschluss

- I. Für die Projektierung des Regenüberlaufbeckens am Carl-Spitteler-Quai wird mit 37 : 0 : 9 Stimmen ein Sonderkredit von 1,4 Mio. Franken bewilligt.
- II. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 5 vom 2. Februar 2022 betreffend

**Neubau Regenüberlaufbecken Carl-Spitteler-Quai
Sonderkredit für die Projektierung,**

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 3 und Art. 69 lit. b Ziff. 4 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. Für die Projektierung des Regenüberlaufbeckens am Carl-Spitteler-Quai wird ein Sonderkredit von 1,4 Mio. Franken bewilligt.
- II. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

**5 Motion 86, Marco Baumann und Sandra Felder-Estermann namens der FDP-Fraktion, Agnes Keller-Bucher und Roger Sonderegger namens der Mitte-Fraktion sowie Patrick Zibung namens der SVP-Fraktion vom 13. April 2021:
Parkplatzlösung für Stadtluzerner Vereine schaffen**

Der Stadtrat nimmt die Motion gemäss StB 192 als Postulat entgegen.

Marco Baumann: Die Motionäre halten an der Motion fest. Vor knapp zwei Jahren diskutierten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier hier im Rat darüber, ob sie den Vereinen weiterhin

entgegenkommen wollen, indem sie die Schulanlagen oder Schulräumlichkeiten wie Aulas und Turnhallen nutzen können. Die Vermietung von Räumen und Sportplätzen ist wichtig; genau so wichtig sind ihre Erreichbarkeit und die Parkierungsmöglichkeiten. Zum Unmut der Vereine beschloss der Rat damals ganz knapp, dass man inskünftig nicht mehr auf Schulhausplätzen parkieren darf. Damit fiel für Vereine vor allem im Stadtteil Littau ein Grossteil der Parkierungsmöglichkeiten weg. Man war sich im Rat aber einig, dass man den Vereinen eine Parkierungslösung schaffen will, weil nicht alle Mitglieder von einer guten Erreichbarkeit profitieren und einige auf das Auto angewiesen sind, wenn sie schweres Material oder Instrumente mitbringen müssen. Eine solche Parkierungslösung wurde dem Palament damals in der Stellungnahme des Stadtrates in Aussicht gestellt. Mit der Motion wird deshalb gefordert, dass in einem Planungsbericht aufgezeigt wird, ob es für Vereine genügend Parkplätze rund um Schulhausplätze gibt, und wie man ihnen mit günstigen Konditionen entgegenkommen kann. Die Stellungnahme des Stadtrates lässt die Motionärinnen und Motionäre heute etwas ratlos zurück; sie sind sich nicht sicher, ob der Stadtrat ihr Anliegen und das der Vereine wirklich verstanden hat. Er schreibt, dass es genug Parkplätze hat. Wie seriös das abgeklärt wurde und ob das für alle Schulhausanlagen gilt, kann man nicht beurteilen. Der Stadtrat schreibt, dass Vereine die Möglichkeit erhalten werden, zu ortsüblichen Tarifen parkieren zu können. Günstigere Konditionen für Vereine sehen definitiv anders aus. Schon damals forderte man im Rat, dass Gratisparkkarten oder immerhin ein Kontingent an Parkkarten für die Vereine geprüft werden. Das wird mit dieser Stellungnahme verunmöglicht. Auch da fährt man wieder den Weg, den man häufig auch bei anderen Themengebieten fährt, dass man alles vereinheitlichen will, obwohl unterschiedliche Bedürfnisse und Ausgangslagen bestehen. Man vermischt die verschiedenen Stadtteile, man vermischt Parkplätze auf öffentlichem Grund mit Parkplätzen bei vermieteten Anlagen und Räumlichkeiten. Und man will jetzt mit einem aufwendigen Umverteilungssystem den Vereinen entgegenkommen, schafft durch das aber in den Augen der Motionäre und der Motionärinnen nur mehr Bürokratie. Warum kann man, anstatt alles künstlich kompliziert zu machen, den Vereinsmitgliedern nicht direkt mit günstigen Konditionen entgegenkommen?

Rückmeldungen von Vereinen zeigen, dass es rund um Schulhäuser nicht genug Parkplätze hat. Es müssen deshalb mehr Parkplätze bei den Schulanlagen gezeichnet werden. Die Motionärinnen und Motionäre fordern auch günstige Parkkonditionen für Vereine, die die Aulas und Turnhallen nutzen, und für das auch Gebühren zahlen. Es soll für die Vereine ein Kontingent an Gratisparkplätzen angeboten werden. Aus diesen Gründen können sich die Motionärinnen und Motionäre mit der Antwort des Stadtrates nicht einverstanden erklären und halten an der Forderung fest. Sie wollen, dass der Stadtrat einen Planungsbericht erarbeitet, diesen auflegt, damit er hier im Rat diskutiert werden kann und der aufzeigt, ob es wirklich genügend Parkplätze hat und ob man den Vereinen nicht mit Konditionen entgegenkommen kann. Man darf nicht vergessen: Die grossartige Arbeit, die viele Vereine leisten, prägen unser Stadtleben. Sie haben es verdient, dass man auch auf ihre Bedürfnisse eingeht. Es braucht unbedingt eine einvernehmliche Lösung. Diese wollen die Motionärinnen und Motionäre schaffen. Der Sprechende bittet die Anwesenden, der Motion zuzustimmen.

Marta Lehmann: Wie Marco Baumann bereits erwähnt hat, leisten Vereine wie Guggenmusigen, Sport- und Theatervereine, aber auch andere Vereine, die unterschiedliche Freizeitaktivitäten anbieten, eine grosse Unterstützung für das Gemeinwesen; sie leisten viel Integrationsarbeit, versammeln Menschen mit gemeinsamen Interessen, sie fördern Gemeinschaften und stärken den Zusammenhalt. Das ist unbestritten.

Auch im Quartier Littau gibt es zahlreiche aktive Vereine, die wöchentlich die städtischen Räumlichkeiten wie Turnhallen oder Aulas für Trainings oder ihre Proben nutzen.

Zum Schutze unzähliger Kinder, die in ihrer Freizeit die Pausenplätze als Spiel- und Tschuttiplätze oder als Aufenthaltsort nutzen, gilt seit dem Jahr 2008 der Grundsatz der autofreien Pausenplätze; dies gilt in der ganzen Stadt, auf allen Schulhausplätzen.

Damit Vereine auch weiterhin zweckgebunden auf markierten Parkfeldern im Schulareal parkieren können, hat der Stadtrat ein Konzept erarbeitet. Dies ist auch bereits in der Stellungnahme des Stadtrates zum Postulat 330 ersichtlich.

Gemäss den Motionärinnen und Motionären der Motion 83 seien die Vereine nicht über die weiteren Schritte in Bezug auf die Parkiersituation bei den Schulanlagen informiert worden. Ebenfalls wird die Vorlegung eines Konzepts vermisst, welches die Details wie Berechtigungen und Konditionen des Parkierens für die Vereine definiert. Die Motionärinnen und Motionäre fordern zudem eine Überprüfung, ob tatsächlich genügend Parkfelder für Vereine zur Verfügung stehen. Diese Forderungen sollen in einem Planungsbericht vorgelegt werden.

Der Stadtrat hat seine Versprechen, die er in der Stellungnahme zum Postulat 330 dargelegt hat, sehr wohl wahrgenommen:

- Vor der Umsetzung dieses Grundsatzes der autofreien Schulhausplätze wurden sämtliche Vereine der Schulanlagen Dorf und Matt mit Schreiben vom 16. September 2020 «Sicherheit auf den Schulhaus- und Pausenplätzen erhöhen» informiert, dass zukünftig die Pausenplätze von motorisierten Fahrzeugen nicht mehr befahren werden dürfen.
- Ebenfalls wurden die Vereine informiert, dass die Sicherheitsanforderungen nach den Herbstferien 2020 mit der Montage von sogenannten Steckpfosten bei der Zufahrt zu den jeweiligen Pausenplätzen umgesetzt werde.
- Im Rahmen der städtischen Mobilitätsstrategie vom März 2022 im Teilprojekt «Parkplatzbewirtschaftung» wurden einheitliche, für die ganze Stadt geltende Rahmenbedingungen zur Nutzung von Parkplätzen bei Schulanlagen erarbeitet. Dies gilt auch für die Anlagen im Gebiet Täschematt und Chilbiplatz.
- Weiter zeigt eine doch sorgfältige Bestandesaufnahme, dass für Vereine eine genügende Anzahl an Parkplätzen bei Schulanlagen vorhanden ist. Diese Plätze sind selbstverständlich kostenpflichtig, je nach Tarifzone 1–3 (ortsübliche Tarife). Also einheitlich für die ganze Stadt.
- Ebenfalls wurde die Baukommission rechtzeitig über die eingeleiteten Massnahmen informiert. Unterlagen zur Parkplatzbewirtschaftung sind ab Mai 2022 sogar online abrufbar. Es kann definitiv nicht von mangelnder Kommunikation gesprochen werden.
- Ein Konzept für die Parkplatzbewirtschaftung wurde ausgearbeitet, ein zusätzlicher Planungsbericht ist somit absolut nicht notwendig.
- Der Stadtrat wird die Umsetzung der Parkplatzregelung nach einem Jahr überprüfen und der Baukommission vorstellen.

Da die Forderungen der Motion 86 grossmehrheitlich bereits umgesetzt sind, lehnt die SP-Fraktion die Überweisung als Motion ab; einer Überweisung als Postulat hätte die SP-Fraktion zustimmen können.

Roger Sonderegger: Eine Überweisung als Postulat ist insofern obsolet, als der Stadtrat die meisten seiner Stossrichtungen schon bekanntgegeben hat. Wenn der Rat die Motion als Postulat überweisen würde, was würde der Stadtrat dann noch machen? Er würde eigentlich genau das machen, was er sowieso schon macht. Deshalb gibt es nur den Weg der Motion. Wenn man die Motion ablehnen will, kann man das politisch selbstverständlich wollen, aber ein Postulat bringt dem Betrieb und den Vereinen nichts. Ein Wort zur Kommunikation: Klar hat der Stadtrat in mehreren Schritten immer wieder kommuniziert. Aber da geht es um die Vereine. Das ist ein Thema, das vor allem sie betrifft und die Kommunikation könnte auch so aussehen, dass man eine Lösung zusammen erarbeitet oder mit denen, die es am meisten betrifft, in einem Austausch steht. Genau das hat nicht stattgefunden und wurde so im Motionstext auch kritisiert. Aus Sicht der Mitte-Fraktion sind ein paar gute Ansätze in der Antwort des Stadtrates enthalten, die der Sprechende nun kurz erwähnen möchte:

Es wurde überprüft, wie die Parkplatzsituation ist. Es wurde ein Vorschlag vorgelegt, wann die Vereine auf den Parkplätzen bei den Anlagen parkieren können. Dass Pausenplätze nicht mehr geöffnet werden, ist der Fraktion klar. Um diese geht es nicht. Es geht wirklich um die Parkplätze bei den Anlagen. Der Stadtrat sagte, dass der Start im August 2022 ist und dass ab dann das Kässeli zu laufen beginnt. Was mit dem eingenommenen Geld gemacht wird, werde später bekanntgegeben. Die Mitte-Fraktion ist nicht ganz glücklich mit dieser Antwort. Die Fraktion machte die Eingabe zusammen mit den Kollegen der FDP- und der SVP-Fraktion, damit hier im Rat darüber gesprochen werden kann. Das ist der Vorteil der Motion. Ein Planungsbericht bringt Eckdaten und so kann darüber diskutiert werden. Heute kann man zwar etwas dazu sagen, aber der Stadtrat wird es so machen, wie er es aufgezeigt hat. Deshalb muss an der Motion festgehalten werden. Die Ausführung in der Antwort des Stadtrates, dass der Bedarf nach genügend Parkplätzen abgeklärt worden ist, ist sehr kurz. Es sind zwei Sätze dazu zu lesen, im Sinne von: Es ist alles gut, es wurde überprüft. Wie Marco Baumann ist auch der Sprechende der Ansicht, dass das bei vielen Anlagen zutreffen dürfte, bei einigen allerdings nicht. Das kann er aus Alltagsbeobachtungen und aus Berichterstattungen von Anlässen sagen. Es ist nicht überall so, dass es genügend Parkplätze hat. Die Motionärinnen und Motionäre würden gerne einmal die Grundlagen sehen. Das wäre auch ein grosser Vorteil eines Planungsberichts. Man könnte wenigstens sehen, was an Abklärungen ange stellt wurden. Wenn Parkfelder für Vereine zur Verfügung stehen sollen, dann muss dafür bezahlt werden. Dafür macht man ein Kässeli. Dort kommt Geld hinein und das verteilt man dann wieder. Marco Baumann sagte es bereits: Wieso macht man es nicht einfacher? Man könnte den Tarif senken. So fördert man die Vereine auch. Aber damit hat man die Automobilität nicht beeinflusst. Nur, der Unterschied zwischen einem 1-Frankentarif, einem 1.50-Frankentarif oder einem 0.50-Frankentarif ist nicht gross in der Nachfrage. Die Elastizität spielt so nicht. Ein Gratisparkplatz hingegen ist etwas ganz anderes als ein bepreister Parkplatz. Deshalb ist der Sprechende für eine Bepreisung, aber für eine etwas kostengünstigere, statt dass man neben dem bestehenden Kultur- und Sportförderungsmechanismus einen zweiten aufbauen muss, bei dem man mit einem zweiten Kässeli nochmals das Gleiche macht, was man sowieso schon hat. Das ist nicht effizient, denn über

das Geld, das hereinkommt, muss jemand entscheiden, jemand muss es auszahlen und jemand muss Reparaturen umsetzen oder neues Mobiliar bestellen, das den Vereinen – oder der Zivilgesellschaft, wie es in der Antwort des Stadtrates auf die Motion heisst – zugutekommt. Insgesamt ist die Mitte-Fraktion mit der Antwort des Stadtrates teilweise einverstanden. Der Stadtrat zeigt eine gute Lösung auf, wann Vereine bei den Schulanlagen parkieren können. Es gibt aber diverse Fragen, die aus Sicht der Fraktion nochmals zu überdenken sind. Deshalb wollen sie an der Motion festhalten. Mit dem Bericht hat der Stadtrat die Möglichkeit, seine Position zu den aufgeworfenen Fragen nochmals aufzuzeigen und der Rat kann nochmals darüber diskutieren. Eine Frage hätte der Sprechende noch zum Schluss: Der Stadtrat stellte in Aussicht, die Vereine nochmals zu informieren, bevor es öffentlich wird. Von der Vorrednerin hörte man heute, dass bereits jetzt die Möglichkeit besteht, im Internet die Dokumente «Parkplatzbewirtschaftung im Verwaltungsvermögen» und «Mobilitätsmanagement Stadtverwaltung Luzern» anzuschauen. Die Frage stellt sich aber: Haben es die Vereine gewusst?

Martin Abele: Es stimmt, das Postulat ist weitgehend erfüllt. Die G/JG-Fraktion ist absolut dieser Meinung. Sie hätte zwar das Postulat unterstützt, aber es hätte wahrscheinlich nichts geändert, weil es so, wie es der Stadtrat beantwortet hat, auch schon gut erfüllt ist. Die G/JG-Fraktion ist sehr zufrieden, wie die im Rahmen des Postulats 330 angekündigten Massnahmen zu einer einheitlichen Parkplatzbewirtschaftung bei städtischen Schulanlagen auf dem ganzen Stadtgebiet umgesetzt worden sind. Das damals in Aussicht gestellte und in der Motion nochmals geforderte Konzept ist erstellt und die Bedingungen für Vereine und andere, die die Schul- und Sportanlagen nach Schulschluss nutzen wollen, sind festgelegt und für alle nachvollziehbar. Es existiert nun eine über die ganze Stadt einheitliche Parkplatzbewirtschaftung, und es gibt auch keine Sonderregelungen mehr für Littau, sondern es ist für alle klar und einheitlich.

Es macht Sinn, dass der Stadtrat sich zur Festlegung der Gebühren auf das neu beschlossene Parkplatzgebührenreglement stützt, das von diesem Rat im November 2020 beschlossen worden ist. Man kann jetzt zwar nicht mehr gratis parkieren, was auch im Widerspruch zur Mobilitätsstrategie von der Stadt stehen würde. Sein geschätzter Kollege Marco Baumann liess sich bereits in der LZ mit den Worten zitieren, dass die Motionäre sich «bessere Konditionen für Vereine gewünscht [hätten], etwa durch die Abgabe von Gratis- oder vergünstigten Parkkarten» und er wiederholte es vorhin in seinem Votum. Es darf hier aber keine Ausnahmen geben, sonst wäre das in der Mobilitätsstrategie festgelegte Ziel der Verlagerung auf ökologische und flächeneffiziente Verkehrsmittel in Frage gestellt. Die Vereine können aber trotzdem vom neuen Parkierungsregime profitieren, weil die Nettoerträge aus der Bewirtschaftung dieser Parkplätze gezielt Projekte von Vereinen unterstützen sollen. Die G/JG-Fraktion ist gespannt auf das Umsetzungskonzept, das in der Stadtratsantwort angekündigt wird und bis Ende Jahr vorliegen sollte, damit das Parlament darüber befinden kann.

Offenbar genügen auch die vorhandenen Parkplätze, wie eine Bestandaufnahme ergeben hat. Die G/JG-Fraktion hofft, dass man sogar bald feststellen kann, dass es einen Überhang an Parkplätzen gibt, wenn das Mobilitätsmanagement greift und die Leute merken, dass man auch tipptopp mit dem ÖV oder dem Velo ins Training oder in die Chor- oder Musikprobe fahren kann. Es haben längst nicht alle eine Tuba oder eine Bassgeige bei sich, wenn sie in die Musikprobe fahren. Und

wie der Sprechende von seiner Fraktionskollegin Christa Wenger verlässlich erfahren hat, geht sogar dieser Transport auch ohne Auto. Und für gehbehinderte Personen, materialintensive Transporte etc. gibt es Ausnahmeregelungen. Das ist in der Motionsantwort klar ausgewiesen. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Forderungen aus dieser Motion vom Stadtrat bereits sehr gut erfüllt worden sind. Lediglich der geforderte Planungsbericht soll nicht erarbeitet werden, was aus Sicht der G/JG-Fraktion auch nicht nötig ist. Das Konzept steht, es ist gut, und die Baukommission kann sich regelmässig informieren lassen, ob die Umsetzung wie geplant funktioniert. Somit ist klar, dass die G/JG-Fraktion den Vorstoss als Motion nicht überweisen wird.

Patrick Zibung: Der Stadtrat wird bekanntlich nicht müde zu betonen, dass Schulanlagen möglichst nicht nur für schulische Zwecke genutzt, sondern auch einer breiten Bevölkerung und der Vereinskultur als Freiraum zur Verfügung gestellt werden sollen. Das macht der Stadtrat beispielsweise auch im aktuellen Bericht und Antrag zum Ausbau des Schulhauses Littau Dorf, wo er explizit auf das Projekt SORS (Sozialraumorientierte Schule) verweist. Zur Nutzung als Freiraum zählt für die SVP-Fraktion auch die Nutzung der Schulanlagen durch Vereine. Der Sprechende glaubt, dass da der Stadtrat mit der SVP-Fraktion einig ist, so werden doch auch immer Anlagen für Vereine erstellt und ihre Bedürfnisse abgeholt. Umso irritierender ist es für die Fraktion, dass der Stadtrat in seiner Antwort die Nutzung indirekt einschränken will, indem er Parkierungsmöglichkeiten bewusst gering hält und die Rahmenbedingungen im Bereich Parkierung suboptimal hält. Klar brauchen nicht alle Vereinsmitglieder mit dem eigenen Auto anzureisen, aber es gibt auch Vereinsaktivitäten, die materialintensiv sind und für die man Equipment benötigt, das man fast nur mit dem Auto transportieren kann, wie das zum Beispiel bei Guggenmusigen der Fall ist, wo man grössere Instrumente antransportieren muss. Auch reisen nicht alle Mitglieder aus der Stadt an, sondern oftmals aus dem Umland, wo die ÖV-Anbindung abends suboptimal oder gar nicht erst vorhanden ist. Deshalb hat die SVP-Fraktion zusammen mit der FDP- und der Mitte-Fraktion die Motion nachgereicht, nachdem sie bereits das Postulat mitunterzeichnet hatte. Der SVP-Fraktion ist es wichtig, dass die Parkgebühren möglichst tief gehalten werden. Dass man etwas zahlen soll, ist für die Fraktion in Ordnung. Aus ihrer Sicht wäre eine Lösung mit einem ermässigten Parkierungstarif unbürokratischer und einfacher, als wenn man das eingenommene Geld nachher um- bzw. rückverteilen muss; die bürokratischen Aufwände würden verringert. Es ist der Fraktion klar, dass es durch verschiedene Nutzungen zu Interessenskonflikten kommen kann. Aber komplett zugewiesene Pausenplätze waren bekanntlich nicht die Regel. Die SVP-Fraktion akzeptiert, dass man jetzt das Konzept der autofreien Pausenplätze verfolgt. Mit dem kann die Fraktion leben. Aber es braucht entsprechende Alternativen. Ob die Parkplätze ausreichend sind, wie der Stadtrat in seiner Antwort sagt, wird nicht weiter ausgeführt. Deshalb wünschen sich die Motionärinnen und Motionäre die Überweisung der Motion. Die SVP-Fraktion hält an der Motion fest, sie unterstützt das Anliegen und wünscht ein angemessenes Parkierungsangebot für die Vereine.

Jules Gut: Aus Sicht der GLP-Fraktion ist das Thema seitens Verwaltung sehr sorgfältig, Schritt für Schritt, erarbeitet und kommuniziert worden. Der Sprechende hat die heutige Diskussion aufmerksam verfolgt; neue Argumente, die das Potenzial haben würden, alles nochmals auf den Kopf zu stellen, hat er aber nicht gehört. Einen zusätzlichen Planungsbericht lehnt die GLP-Fraktion

dementsprechend ab. Den eingeschlagenen Weg des Stadtrates unterstützt die Fraktion hingegen sehr. Die GLP-Fraktion hätte das Postulat unterstützt, die Motion wird sie aber ablehnen.

Baudirektorin Manuela Jost erklärt, dass die Baudirektion bei diesem Vorstoss federführend ist, weil die Schulanlagen bei ihnen im Verwaltungsvermögen angesiedelt sind. Der wahre Experte für dieses Thema ist aber Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula. Dem Stadtrat ist es wichtig zu betonen, dass der Beitrag, den die Vereine für das gesellschaftliche, kulturelle Leben leisten, überhaupt niemand in Frage stellt, sondern im Gegenteil, dass der Stadtrat das Engagement der Vereine sehr schätzt. Wenn im Zusammenhang mit der Parkierungslösung gesagt wird, dass der Stadtrat diese Arbeit nicht genügend schätze, trifft ihn dieser Vorwurf. Der Stadtrat erachtet die Überlegungen der Vereine, ob es für ihre Tätigkeit genügend Parkplätze hat, als berechtigt. Er versteht ihr Anliegen. Der Stadtrat wählte aber einen etwas anderen Ansatz. Für ihn ist es wichtig, dass es keine privilegierten Lösungen für eine Gruppe gibt. In der Stadt gibt es auch andere Gruppierungen, die vielleicht gerne einen günstigeren Parkplatz oder einen Gratisparkplatz hätten. Der Stadtrat will einheitliche, klare und nachvollziehbare Regeln, die für alle gelten. Mit den von ihm bestimmten Tarifzonen (1–3) und je nachdem, wo die Schulanlagen stehen, gibt es dennoch Unterschiede. Die meisten Schulanlagen befinden sich in der Tarifzone 3. Der Stadtrat lehnt eine privilegierte Lösung für Vereine ab, einerseits weil es wichtig ist, das einheitlich zu regeln, andererseits auch wegen des Mobilitätsmanagements. Es soll eine gewisse Anreizfunktion da sein, dass man wenn möglich mit dem ÖV, mit dem Velo oder zu Fuss zum Vereinslokal gelangt. Es ist der Sprechenden völlig klar, dass das in gewissen Situationen nicht möglich ist. Zur Verfügbarkeit der Parkplätze wurde eine Bestandesaufnahme nach VSS-Normen gemacht. Die Normen geben vor, wie viele Parkplätze (maximal) ein Schulareal haben muss. Der Stadtrat ging nach diesen Grundsätzen vor, er machte es einheitlich, über das ganze Stadtgebiet hinweg, in jedem Quartier. In dem Sinn kam der Stadtrat zum Schluss, dass es genügend Parkplätze auf den Schulhausarealen hat. Im September 2020 wurde entschieden, dass aufgrund des Sicherheits- und Bedrohungsmanagements keine Parkierung auf den Schulhausplätzen mehr erlaubt ist. Das wurde damals so akzeptiert und daran hält sich der Stadtrat. Nun geht es darum, zu schauen, wie die Umsetzung funktioniert. Kommt man zu neuen Erkenntnissen? Man will das evaluieren und in einem Jahr entsprechend kritisch anschauen. Das ist der eine Punkt, der den Stadtrat bewog, vorzuschlagen, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Er ist der Meinung, dass man nun eine neue Regelung hat und dass man zuerst schauen soll, wie diese umgesetzt wird. In der Diskussion wurde gesagt, dass der administrative Aufwand wahnsinnig gross wird, wenn man die Gebühreneinnahmen nachher wieder den Vereinen zukommen lässt. Der Stadtrat ist der Meinung, dass man das mit geringem administrativem Aufwand machen kann. Unter der Federführung der Dienstabteilung Kultur und Sport ist man daran, sich zu überlegen, was eine gute Vorgehensweise ist, damit man möglichst einfach den Betrag – es wird eine grössere Geldsumme zusammenkommen – im Sinn der Wertschätzung direkt an die Vereine zurückgeben kann. Auf die Frage, ob der Stadtrat die Vereine darüber informiert hat, kann die Sprechende mitteilen, dass sie einerseits die Lehrpersonen und Mitarbeitenden der Schulen informierten und andererseits die Quartiervereine und weitere Vereine mit einem separaten Info-Schreiben bedienten, damit diese im Bild waren, bevor es in der Zeitung stand. Es gab einen regen Austausch zwischen Verwaltungsmitarbeitenden und den Vereinen. Für den

Stadtrat, für die Stadt, ist das Vereinsleben extrem wichtig. Der Stadtrat will bezüglich Parkierungsmöglichkeiten auf dem Schulareal eine klare, transparente Regelung haben mit einer Anreizfunktion, die ihm erlaubt, den Vereinen am Schluss auch wieder eine Wertschätzung zukommen zu lassen.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula fügt zwei, drei Ergänzungen an: Die Überprüfung der Parkplatzzahlen machte man nach den VSS-Normen und dem Parkplatzreglement. Das Ergebnis kann man der Baukommission sicher zugänglich machen. Es wurde die Anreise aus ÖV-unterversorgten Gebieten erwähnt, was richtig ist. Es ist aber nicht so, dass den Vereinsmitgliedern keine Parkplätze mehr zur Verfügung stehen, sondern man muss für diese bezahlen und das Angebot ist anzahlmässig beschränkt. Die Praxis, die früher vor allem in Littau herrschte, wird aufgehoben. Vielleicht muss man sich auch aus einem Gebiet überlegen, zu dritt mit einem Auto zu fahren. Das hätte erst noch den Vorteil, dass sich zwei dieser Fahrgemeinschaft nach der Probe beim Bier im Ochsen vielleicht ein zweites genehmigen können. Man muss sich überlegen, wie die Mobilität in Zukunft etwas ressourcenschonender weiterentwickelt werden kann. Es wurde moniert, dass die Rückverteilung des Parkgeldes kompliziert sei. Es gibt aber auf der anderen Seite keinen Grund, wieso der Stadtrat seine Wertschätzung den Vereinen gegenüber nur jenen ausdrücken soll, die mit dem Auto anreisen. Das ist dann Sache der Vereine. Die Vereine können zum Beispiel selber entscheiden, wem sie die Parkgebühren zurückfinanzieren wollen. Es ist nicht Aufgabe der Stadt, dort einzugreifen. In der Innenstadt gab es bisher praktisch keine Parkierungsmöglichkeit auf den Schularealen. Der Stadtrat ist aber gehalten, alle Vereine gleich zu berücksichtigen. Die unterschiedliche räumliche Ausgangslage wird in den unterschiedlichen Tarifen abgebildet, und zwar genauso, wie es im Parkplatzreglement steht. Der Stadtrat sieht keinen Grund, zu sagen, dass diejenigen, die mit dem Auto anreisen, mit günstigeren Konditionen besonders wertgeschätzt werden. Die Vereine sollen dann entscheiden, wie sie das Geld einsetzen, zum Beispiel für den Verein allgemein, zur Anschaffung von etwas Neuem, als Rückzahlung an die Automobilisten etc. Bis im Herbst wird der Stadtrat die einfachen Voraussetzungen geklärt haben.

Die Motion 86 wird mit 26 : 19 : 0 Stimmen abgelehnt.

**6 Interpellation 146, Adrian Albisser und Tamara Celato namens der SP-Fraktion vom 25. November 2021:
Arbeitsbelastung der Schulleitungen**

Adrian Albisser wünscht eine Diskussion.

Der Grosse Stadtrat ist damit einverstanden.

Adrian Albisser dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die präzisen und schlüssigen Antworten auf die Interpellation. Sie stehen fast sinnbildlich für die grosse Aufgabenbreite, die die Schulleiterinnen und Schulleiter in der Stadt Luzern und auch sonst wahrnehmen. Die Interpellantin und

der Interpellant sind froh, dass sie ein paar positive Effekte aus dieser Antwort herausziehen können. Zum Beispiel den Effekt, dass die Fluktuation bei den Schulleiterinnen und Schulleitern tief ist in der Stadt Luzern. Das freut sie und deutet auf eine Kontinuität hin, die sehr wichtig ist in dem Bereich. Gleichzeitig ist die SP-Fraktion schon seit dem Jahr 2016 bereit, auch aufgrund eines politischen Vorstosses, zusätzlich zu den 2'500 Stellenprozent (Total der Schulleitungspensen) weitere 250 Prozent für Schulleitungsaufgaben zur Verfügung zu stellen. Diese zusätzlichen Stellenprozente sind beim Rektorat angesiedelt und konzentrieren sich auf Arbeiten, die allen Schulleitungen zugutekommen, im Sinn von administrativ zusammenführen, was man zusammenführen kann. Zugleich ist auf kantonaler Ebene ein positiver Effekt zu beobachten: Auf das neue Schuljahr hin wird das Schulleitungspensum erhöht (+0,5 Prozent pro Klasse, von 5,5 auf 6 Prozent). Das wird zu beobachten sein. Nominal gesehen ist das eher ein Tropfen auf den heissen Stein, aber es zeigt, dass in diesem Arbeitsumfeld eine Belastung erreicht ist, die nicht mehr in allen Bereichen gesund ist. Das sind die positiven Erkenntnisse aus der Antwort des Stadtrates. Ein wenig ausführlicher kommen nun die Belastungsmomente zu Wort. In einer Schulleitungskonferenz von Anfang Februar 2022 tauschten sich die Schulleiterinnen und Schulleiter der Stadt Luzern zur Belastungssituation aus. Das Resultat dieses Austausches macht sich an drei Punkten fest:

- Die Pandemie hat die Schulleitungen sehr stark beschäftigt. Die kommunikativen Massnahmen, der Austausch, das Klären vom Umsetzen, was vor Ort gemacht werden muss, war sehr belastend. Das war zwar nicht nur in der Schule so, aber es kam dort sicher zum Ausdruck.
- Ganz generell kommt ein weiterer Aspekt zu Wort, den man schon seit mehreren Jahrzehnten beobachtet, nämlich die Zunahme des administrativen Aufwands. Die Schulleiterinnen und Schulleiter haben mehr Arbeit im Verwalten von Schülerinnen und Schülern, bei schwierigen Situationen von Lernenden, insbesondere bei der Integrativen Sonderschulung.
- Es gibt eine gewisse Zunahme an Unplanbarkeit des Alltags. Es gibt mehr und mehr Situationen im Alltag, wo man sehr rasch handeln muss. Das erfordert Ressourcen, sonst ist man relativ rasch unter Druck und kann nicht reagieren.

Es lässt sich festhalten, dass die Arbeit einer Schulleiterin und eines Schulleiters fast schon panoptisch ist. Es müssen Stellvertretungen organisiert werden, man hat Elternkontakt, plötzlich braucht es ein Pflaster für ein verletztes Knie, man muss Pensen abklären, Stundenpläne erstellen, die Personalplanung und -führung an die Hand nehmen. Es gibt Schulleiter in dieser Stadt, die eine Personalspanne von 80 Lehrpersonen haben. Das wäre in einem HR-Bereich sehr viel. Ein Schulleiter ist aber nicht HR-Verantwortlicher, er ist einfach mitverantwortlich für das. Als Schulleiter oder als Schulleiterin verwaltet man Schulraum, organisiert Mobiliar, koordiniert allfällige Bauprojekte, von denen es einige gibt, wie man hier im Rat weiss. Es ist keine Seltenheit, dass ein Schulraum umgebaut wird. Jetzt könnte der Sprechende noch aufzählen, was er nicht aufgezählt hat, zum Beispiel das Kerngeschäft: Die Schul- und Unterrichtsentwicklung. Der Stadtrat kommt da in seiner Antwort relativ unmissverständlich zu einer klaren Aussage. Er sagt, die Aufgabenfülle, wie sie die gesetzliche Vorgabe aktuell vorsieht, ist aus heutiger Optik zu breit. Das den Schulleitungen zur Verfügung stehende Pensum ist nicht adäquat. Der Stadtrat erkennt den Handlungsbedarf und bringt Vorschläge, was die SP-Fraktion freut. Weil das Problem kein kommunales ist und die Stadt Luzern Mitglied des VLG ist, bittet der Sprechende den Stadtrat, die Gelegenheit zu nutzen, um mit dem VLG zu klären, wie die Belastung in anderen Gemeinden wahrgenommen wird.

Aktuell ist das Pensum der Schulleitung an die Anzahl der Lernenden im Schulbetrieb gebunden, womit es zu Schwankungen kommen kann. Eine Schulleiterin oder ein Schulleiter kann eine Anstellung eingehen und ein Jahr später plötzlich 10 oder 20 Prozent weniger Pensum haben. Das ist nicht attraktiv und birgt eine Unsicherheit, die man wahrscheinlich anders lösen könnte. Muss man die Gebundenheit des Pensums tatsächlich über die Anzahl der Lernenden bemessen oder gibt es andere Lösungen, um das zu stabilisieren? Es scheint der SP-Fraktion sinnvoll, das zu diskutieren. Die Bildungsdirektion sieht an der Schnittstelle Kanton und Gemeinde für das städtische Umfeld Entlastungsmöglichkeiten, zum Beispiel in der Handhabung der Verwaltungsprozesse (Schülerdaten, Pensenmeldung). Diese Prozesse wären digital wahrscheinlich schlanker und effizienter zu lösen. Alle haben aber mitbekommen, dass das kantonale Projekt der Schulverwaltungssoftware Educase abgestürzt ist. Eine schnelle und praktikable Lösung ist leider nicht in Sicht. Das heisst, in den nächsten drei, vier Jahren wird sich der Aufwand im ähnlichen Umfang bewegen, wenn es darum geht, Schülerdaten zu verwalten und diese zu melden. Dass der Digitalisierungseffekt hoffentlich eine Entlastung nach sich ziehen wird, ist absehbar, aber das Ganze ist noch nicht klar skizziert und braucht noch einen Moment. Die SP-Fraktion ortet auch in der Frage der zentralen Funktionen des Rektorats und der Aufgaben der Schulleiterinnen und Schulleiter in den Schulhäusern Klärungsbedarf. Aufgrund von Neubesetzungen unternahm das Rektorat im Jahr 2016 eine leichte Reform in der Verwaltung. Die Fraktion hat den Eindruck, dass man das jetzt nochmals thematisieren könnte. Schon damals kam zum Ausdruck, dass man die Ebene der Schulleiterinnen und Schulleiter zu einem späteren Zeitpunkt analysieren wolle. Jetzt wäre wahrscheinlich ein angezeigter Zeitpunkt, sich zu überlegen, welche Aufgaben wo hingehören, wo man unterstützen kann, wo Schulleiterinnen und Schulleiter etwas entlastet werden können, wo es sich lohnt, Synergien im Rektorat zu nutzen. Item: Die Interpellation ist nicht dazu da, Forderungen zu stellen. Die Interpellantin und der Sprechende stellten Fragen und sind froh um die Auskünfte. Die SP-Fraktion sieht aber Klärungsbedarf, einerseits bezüglich der erwähnten kantonalen Rahmenbedingungen, andererseits bezüglich der Frage, wie die städtische Umsetzung konkret aussieht. Insbesondere zur zweiten Frage möchte die Fraktion die Diskussion in der Bildungskommission vertieft aufnehmen. Sie sind aber bereits jetzt froh, durch die Antwort des Stadtrates auf die Interpellation einen ersten Grundstein an Informationen erhalten zu haben.

Marc Lustenberger: Die Antwort der Stadt auf die Interpellation ist ausführlich und beantwortet alle wesentlichen Fragen. Der Sprechende möchte dennoch zwei, drei Bemerkungen seitens FDP-Fraktion machen. Die SP-Fraktion macht sich Sorgen über die Arbeitsbelastung der Schulleitungen. Die Pädagogische Hochschule Schwyz kommt zum Schluss, dass viele Schulleitende in der Pandemie am Anschlag waren. Das war sicher so; in den Schulen war der Druck in den letzten zwei Jahren ausserordentlich gross. Allerdings trifft das auch auf andere Bereiche und Branchen zu – die Pandemie traf die ganze Gesellschaft. Dass sich die Fluktuation aber dennoch bei den Schulleitungen nicht erhöht hat und sogar tiefer ist als beim restlichen Personal, ist sicher ein gutes Zeichen für unsere Schulen.

Auch die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass der Aufwand bei den Schulleitungen in den vergangenen Jahren – unabhängig von Corona – stark zugenommen hat. Es gibt immer mehr und neue Kommunikationsaufgaben und administrative Tätigkeiten, die von diesen Leuten gemacht werden müssen. Dabei kommen wichtige Führungsaufgaben wie etwa mit dem Personal oft zu kurz, was

für Unmut sorgen kann. Das ist auf die Länge sicher kein guter Zustand. Für die Qualität einer Schule ist es wichtig, dass die Schulleitungen nicht konstant am Anschlag sind. Zumal mit neuen Projekten wie SchulePLUS die Arbeitsbelastung wahrscheinlich noch einmal zunehmen wird. Was ist also zu tun? Die FDP-Fraktion glaubt, es braucht nicht zwingend höhere Pensen – zumal das eine Sache des Kantons ist und nicht so einfach umzusetzen wäre. Wichtiger scheint der Fraktion, dass die administrative Entlastung der Schulleitenden vorangetrieben wird, wie das auch der Stadtrat in seiner Antwort vorschlägt. Kommunikationsaufgaben könnten vermehrt auch zentral umgesetzt werden. Dazu braucht es vermutlich eine kleinere Reorganisation bei den Schulleitungen. Wichtig ist auch, dass die neue Schulverwaltungssoftware möglichst bald realisiert werden kann. Da sind die Schulen in Luzern im Moment nicht optimal aufgestellt. Diskussionen dazu sind mit dem Kanton, mit dem Verband Luzerner Gemeinden (VLG), aber auch innerhalb der Bildungskommission zu führen.

Christina Lütolf-Aecherli bemerkt, dass ihre beiden Vorredner bereits vieles gesagt und vieles vorweggenommen haben, von dem, was sie thematisieren wollte. Aber nichtsdestotrotz dankt die GLP-Fraktion für die Interpellation zu einem wichtigen Thema. Sie dankt auch der Stadt für die gewohnt fundierte Antwort. Die Situation wird differenziert beschrieben, Probleme werden erkannt und Lösungen vorgeschlagen. Die Sprechende hebt hervor, dass es trotz der hohen Belastung der Schulleitungen eine tiefe Fluktuation gibt, was erfreulich ist und zeigt, dass Schulleiterinnen und Schulleiter mit Freude dabei sind, die Schule weiterzuentwickeln und sowohl die Lehrerschaft als auch die Schülerinnen und Schüler dabei unterstützen wollen. Das ist nicht selbstverständlich. Aber wie es auch schon gesagt wurde, gilt offen darzulegen, dass die Aufgabenfülle und somit der Aufwand gemäss gesetzlicher Vorgabe aus heutiger Optik zu breit ist und das dafür zur Verfügung gestellte Arbeitspensum als nicht adäquat eingestuft wird. Die Arbeitsbelastung der Schulleitung wird zweifellos zunehmen, sei es aufgrund von Erwartungshaltungen verschiedener Anspruchsgruppen, sei es aufgrund von komplexen gesellschaftlichen Herausforderungen, wie jüngst die Situation am Mariahilf zeigt: Am 2. Mai 2022 wurden innerhalb aller kürzester Zeit zwei Flüchtlingsklassen eröffnet. Welch organisatorisches Geschick und welcher zeitlicher Aufwand das bedingt, kann man sich ohne viel Fantasie vorstellen. Es ist eine äusserst dynamische Aufgabe, die nur mit viel Erfahrung, Kreativität und technischer Hilfsmittel erfolgreich erfüllt werden kann. Dazu das Stichwort Digitalisierung, von dem man heute bereits mehrmals gehört hat. Die GLP-Fraktion geht auch davon aus, dass für das gescheiterte Projekt der Schulverwaltungssoftware Educase schnell eine neue, praktikable Lösung gefunden wird. Gerade in anhaltenden Krisen ist neben einem angepassten Leistungspensum die technische Ausstattung der Schule zentral. Die Politik und die Verantwortlichen sind gefordert, die Rahmenbedingungen, die Arbeitssituation und die Anstellungsbedingungen des eigentlich noch jungen Berufs eines Schulleiters oder einer Schulleiterin immer wieder neu zu betrachten und so zu gestalten, dass sie ihre Funktion adäquat ausüben können. Die sehr hohe Bildungs- und Schulqualität soll unbedingt erhalten und weiter gefördert werden – da gilt es einen Beitrag zu leisten.

Michael Zeier-Rast dankt für die Interpellation. Seine Vorredner und seine Vorrednerin haben eigentlich das Wesentliche schon erwähnt. Der Sprechende möchte auf den entscheidenden Punkt hindeuten, der Auslöser für die Interpellation war, nämlich die Pandemie. Die Pandemie und auch

die soeben geäußerte Schilderung, dass im Mariahilfsschulhaus innert kürzester Frist zwei neue Klassen eröffnet werden mussten, zeigen auf, dass wir in einer Zeit leben, in der man nicht einfach davon ausgehen kann, dass alles nach gewohnten Regeln abläuft. Das betrifft die Schule ganz extrem und auf das muss man die Schulleitungen zukünftig vorbereiten. Man hat gemerkt, dass sie auf ein Ereignis wie die Pandemie nicht vorbereitet waren, was auch logisch ist – es ist eine Krisensituation. Der Sprechende konnte in dieser Zeit bei einigen Schulleitungen etwas hineinsehen und stellte fest, dass es kein übergeordnetes Führungsprinzip zur Entlastung des Denkens gibt. Dass sich Schulleiterinnen und Schulleiter während einer Pandemie überhaupt Gedanken machen müssen, dass sie keine Zeit finden, die ihnen übertragene Schulentwicklung voranzutreiben, ist von ihm aus gesehen völlig absurd. Eigentlich müsste das Rektorat und auch die DVS (Dienststelle Volksschulbildung) in so einer Situation sagen, dass die Schulleitungen die Aufgabe der Schulentwicklung vergessen sollen, dass es im Moment ein ganz anderes Problem gibt. Eine übergeordnete Führungsaufgabe ist, anderen zu sagen, sie sollen sich auf das eine konzentrieren und das andere, das sie belastet, im Moment auf der Seite lassen. Es ist ein belastender Bereich, weil die Schulleitenden eine sehr hohe Verpflichtung in sich spüren, ihre Aufgabe richtig zu machen. Dort muss und kann man das Personal entlasten. Man soll sie auf den Fokus führen und sagen, sie sollen sich jetzt um das kümmern und alles andere, was sie auch machen wollen und in ihrem Auftrag steht, für den Moment vergessen. Die Schulleitungen müssen das dann an die Lehrpersonen weitergeben und ihnen sagen, dass es jetzt um diesen Fokus geht. Alles andere kann wiederaufgenommen werden, sobald sich die Zeiten bessern. Die Sehnsucht, dass die Digitalisierung die Rettung darstellt, kann man streichen. In den Augen des Sprechenden führen nur Menschen, die eine Führungsverantwortung wahrnehmen, aus dem Problem heraus. Die Digitalisierung ist nur ein Hilfsmittel, das nützlich ist, wenn man es hat. Aber auf das zu vertrauen, scheint dem Sprechenden nicht das Richtige zu sein. Es ist gut, dass der Kanton nun sagt, er müsse die Stellenprozente der Schulleitungen erhöhen. Er muss eine andere Berechnung machen. Der Kollege Albisser stellte eines der fundamentalen Probleme dar, nämlich dass die Pensen von den Schülerzahlen abhängig sind. Natürlich ist das im Strukturellen einfach, weil man auch über die Schüler finanziert, aber vielleicht muss man sich überlegen, ob das der adäquate Zukunftsweg ist. Übrigens haben nicht nur die Schulleitungen dieses Problem, sondern alle, die im IF, DAZ etc. sind. Als Musikschulleiter weiss er, dass das daily business ist. Die Lehrpersonen sind nur als Lektionsverkäufer unterwegs. Interessant ist, dass der Kanton, obwohl die Musikschulen jetzt auch im DVS integriert sind, über die Schulleitungen der Musikschulen überhaupt kein Wort verliert. Aber auch dort gab es die Pandemie.

Barbara Irniger: Es wurde bereits viel gesagt, immer wieder Erwähnung fand die Coronapandemie. Diese grosse Herausforderung wurde eigentlich von allen, die an den Schulen tätig sind, sehr gut gemeistert, worüber alle froh sind. Die Sprechende möchte aber weniger auf das eingehen, sondern mehr auf zwei Punkte, die in der Diskussion genannt wurden und von denen die Schulleiterinnen und Schulleiter sagten, dass diese ihre Zufriedenheit immer wieder beeinträchtigen würden. Ein Punkt ist die hohe administrative Belastung bei der Integrativen Sonderschulung. Damit das Modell längerfristig funktionieren kann, ist es wichtig, für diesen Bereich genügend Ressourcen zur Verfügung zu haben. Es gibt sicher auch in anderen Bereichen Schwierigkeiten. Das Modell der Integrativen Sonderschulung könnte aber aufgrund fehlender Ressourcen oder aufgrund von

zu wenig verfügbarer Zeit, die es braucht, um zu den Kindern eine qualitative Beziehung aufzubauen, scheitern. Deshalb muss man hier sehr genau hinschauen.

Der zweite Punkt betrifft die Unplanbarkeit des Alltags und die Vielfalt der Aufgaben, die bestehen bleiben, auch wenn den Schulleiterinnen und Schulleitern ein höheres Pensum zugestanden wird. Es ist der Sprechenden bei der Diskussion um neue Modelle wie SchulePLUS wichtig festzuhalten, dass man die Pensen wenn immer möglich den gestiegenen Anforderungen anpasst, damit ein gut ausgearbeitetes Modell schlussendlich nicht aufgrund von Ressourcenproblematiken scheitert. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort, dass die Pensen sehr oft nicht adäquat sind für die Situationen, die die Schulleiterinnen und Schulleiter meistern müssen. Es steht, dass es von den kantonalen Vorgaben her eine minimale Aufstockung gibt und es wird erwähnt, dass der Stadtrat einen Spielraum hat, um die Pensen so anzupassen, dass sie für solch einen Posten adäquat sind. Die Sprechende bittet, den Handlungsspielraum wirklich auszuschöpfen. Man hat in letzter Zeit in den Medien recht oft gelesen – das betraf eigentlich nicht direkt die Schulleitungsfunktion –, dass man Mühe hat, Lehrpersonen zu finden und auch weitere Fachkräfte in dem Bereich. Bei den Schulleitungen besteht offenbar das Problem noch nicht so ausgeprägt. Damit das so bleibt, muss man schauen, dass die Schulleiterinnen und Schulleiter wirklich genug Zeit haben, um eine qualitativ gute Arbeit leisten zu können. Die Sprechende begrüsst das Vorhaben, das Thema nochmals in der Bildungskommission zu diskutieren und in dem Rahmen zu versuchen, gute Lösungsvorschläge zu finden.

Lisa Zanolla: Die Belastung der Schulleitungen ist aktuell hoch und wird mit der Vielfalt des Schulleitungsalltags in den kommenden Jahren nicht weniger hoch sein. Die SVP-Fraktion dankt den Interpellanten für die Fragen und die Feststellung der aktuellen Lage. Auch ist die Fraktion mit den Antworten des Stadtrates zufrieden. Das Bildungsdepartement ist im regen Austausch mit den Schulleitungen und mit den Lehrpersonen. Vieles wurde von ihren Vorrednerinnen und Vorrednern schon gesagt, sie möchte es nicht wiederholen. Aber es ist ihr wichtig, die Sicht der SVP-Fraktion und einige Gedanken zur aktuellen Situation bezüglich Arbeitsbelastung der Schulleitungen zu äussern. Prinzipiell ist die Fraktion mit den Interpellanten einig. Den Schulleitungen wie auch den Lehrpersonen werden immer mehr Aufgaben auferlegt. Den Gesellschaftswandel spürt die Schule auch. Der Lehrermangel macht Sorgen. Warum ist der Lehrerberuf zurzeit für viele unattraktiv geworden? Es ist eine Frage, die man nicht auf die leichte Schulter nehmen darf. Die SVP-Fraktion empfindet oft, dass die Schule eine Wohlfühloase wird. Die Schule muss Bildung vermitteln, sie muss leistungsorientiert sein, damit die Kinder/Jugendlichen als zukünftige Arbeitnehmer gewappnet und für das Geschäftsleben und ihre Anstellung parat sind. Es ist kein Geheimnis, dass die SVP-Fraktion den Frontalunterricht in der Schule immer unterstützt hat. Leider ist vieles durch Reformprojekte verändert worden. So ist die Fraktion überzeugt, dass ein Klassenlehrer immer noch das Beste wäre, um eine Klasse zu führen, und zwar aus organisatorischen wie auch administrativen Gründen. Es gibt einen Mehrwert, wenn ein Klassenlehrer für eine eigene Klasse zuständig ist. Hier geht es aber um die Schulleitungen. Diese werden immer wieder mit ihren Klassenlehrpersonen konfrontiert. Man hat es heute bereits gehört, die Schulverwaltungssoftware Educase ist eine Blackbox. Politik und Verwaltung sind gefordert, für die Zukunft eine Lösung zu finden. Wie der Mitte-Sprecher vorhin sagte, wird die Digitalisierung eine Entlastung bringen, aber es werden nicht

alle Probleme damit behoben. Die SVP-Fraktion ist mit den Antworten des Stadtrates einverstanden. Man wird sicher weiter von diesem Thema hören.

Tamara Celato rundet das Thema gerne ab als eine der vier Personen, die nach langjähriger Schulleiterinnentätigkeit vor ein paar Jahren gekündigt und eine andere Anstellung im Bildungsbereich im Kanton Luzern gefunden hat. Sie kennt die Schule auf vielen Ebenen gut. Die Sprechende nimmt erfreut zur Kenntnis, dass alle Parteien anerkennen, dass die Belastung für Schulleitungen sehr hoch ist. Michael Zeier-Rast sagte, dass der Auslöser die Pandemie gewesen sei. Mit dieser Aussage ist die Sprechende teils einverstanden. Die Pandemie war vielleicht das letzte Tröpfchen, das das Fass zum Überlaufen brachte. Sie ist sehr dankbar, dass die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, leider dank der Pandemie, hier diese Diskussion führen. Der Schulleiterinnenjob ist extrem breit. Adrian Albisser erwähnte es bereits, es gibt Schulleitungen in der Stadt Luzern, die ein Führungspensum von 80 Personen haben. Diese 80 Personen kommen alle, wenn sie ein persönliches Problem haben – sei es das kranke Kind zuhause oder die Schwiegermutter, die im Spital liegt –, zuerst zur Schulleitung. Diese tägliche Belastung, die Unplanbarkeit und wie man das ohne Pensenerhöhung lösen will, möchte die Sprechende gerne diskutieren. Sie ist sehr gespannt auf Lösungen. Es ist ein junger Beruf, wie das Christina Lütolf-Aecherli vorhin schon ausgeführt hat. Wir merken, man ist immer noch im Aufbau, in der Entwicklung einer klaren Definition, was eine gute Schulleitung eigentlich sein soll. Die psychische Gesundheit, die hier mehrmals erwähnt worden ist, ist zentral, damit die Schulleitungen ihre Grundaufgaben, ihr daily business, erledigen können. Die Pandemie hat sich sehr nachteilig darauf ausgewirkt und die Sprechende hört bei sehr vielen Schulleiterinnen und Schulleitern, auch im Kanton, dass die Belastung momentan an der Grenze ist. Es wurde in der Diskussion sehr gewürdigt, dass die Fluktuation bei den Schulleitungen nicht sehr hoch war. Sie möchte dazu aber zu bedenken geben, dass im Moment viele Pensionierungen und auch viele Austritte von langjährigen Mitarbeitenden passieren, dass sie von Leuten hört, die seit zwei, drei, vielleicht vier Jahren arbeiten und sich zum Teil schon wieder überlegen, zu kündigen oder die Kündigung bereits eingereicht haben. Wer neu in diesen Beruf einsteigt, hat eine andere Ausgangslage als wer vor 15, 20 Jahren diesen Beruf ergriff. Man muss gut dafür sorgen, dass Neueinsteigerinnen und Neueinsteiger gut begleitet werden, sich nicht alleine fühlen und nicht in der Fülle von Aufgaben ertrinken. Das erlebt die Sprechende in ihrem Arbeitsalltag nicht nur in der Stadt, sondern generell; es ist eine sehr grosse Anforderung. Michael Zeier-Rast sprach die übergeordnete Führungsaufgabe an, welche sie auch als sehr wichtig erachtet. Es ist sehr zentral, dass Schulleitungen von Vorgesetzten, von Bildungskommissionen oder von wem auch immer hören, dass nicht alles immer sein muss, dass es auch gut genug ist, so wie es ist. Das hilft sicher und das können die Schulleitungen dann auch mit einem guten Gefühl den Lehrpersonen weitergeben. Ein letzter Punkt, den die Sprechende anführen möchte, ist der Fachkräftemangel, den auch praktisch alle Fraktionen erwähnt haben. Wenn es der Stadt Luzern gelingt, die Stellen im Sommer zu besetzen, kann man von Glück reden. Die Stadt Luzern hat einen Standortvorteil. Trotzdem gibt es auch in der Stadt kleinere Schrauben, an denen man drehen könnte, um es den Lehrpersonen einfacher zu machen, eine Stelle neu anzufangen oder die Stelle zu behalten. Sie hat zum Beispiel kürzlich gehört, dass die Parkplätze – es ist nicht das Lieblingsthema der SP, aber sie bringt es trotzdem – für Lehrpersonen von 7 Uhr bis 17 Uhr reserviert sind. Die Parkge-

bühren sind recht teuer, aber die Lehrpersonen bezahlen sie; es sind zum Teil spezialisierte Kolleginnen und Kollegen, die in der Oberstufe unterrichten und nicht in der Stadt wohnen. Was aber machen sie, wenn sie Elterngespräche oder Elternabende haben? Auch ist es locker so, dass man zum Teil noch um 20 Uhr oder 21 Uhr Licht in den Schulzimmern sieht, wenn man sich auf einem Schulhausplatz aufhält. Es ist nicht realistisch, dass alle Fachkräfte in der Stadt wohnen und nicht auf ein Auto angewiesen sind. Die Sprechende dankt für die Sensibilisierung für den Beruf und freut sich auf die weiteren Diskussionen.

Baudirektorin Manuela Jost spricht stellvertretend für den abwesenden Bildungsdirektor Beat Züsli. Sie stimmt der Aussage zu, dass die Coronapandemie wahrscheinlich der Tropfen war, der das Fass letztendlich zum Überlaufen brachte. Die Schulleitungen sind sehr belastet. Durch die Pandemie kamen viele zusätzliche Aufgaben für die Schulleitenden dazu, sodass sie ihren Kernaufgaben, wie vorhin erwähnt wurde, nicht mehr im selben Mass nachkommen konnten. Im Zusammenhang mit der Führungsentwicklung muss es gelingen, solche Krisensituationen mehr zu modellieren. Es müssen Fragen geklärt werden, wie man mit so einer Krise umgeht, wann welche Aufgaben zurückgesteckt werden können, wie kommuniziert wird etc. Ein erfreulicher Punkt ist die Fluktuationsthematik, wobei man sich schon fragen kann, so wie es vorhin ausgeführt wurde, was das genau bedeutet. Die Coronapandemie erforderte von den Schulleitenden viel Organisationsarbeit, um den Schulalltag aufrecht zu erhalten, auch war bei den vielen kurzfristigen Änderungen, die Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen und Eltern betrafen, eine gute Kommunikationsfähigkeit gefragt. Weil auch viele Lehrpersonen krank ausfielen, mussten innert Kürze Stellvertretungslösungen gefunden werden – eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Die Liste könnte noch weitergeführt werden. Wenn man nun in die Zukunft blickt, stellt sich die Frage, wie die Schulleitungen entlastet werden können. Der Kanton kündigte auf das neue Schuljahr eine Pensenerhöhung von 0,5 Prozent an. Natürlich kann man sagen, dass das wenig ist. Aber es ist trotzdem ein wichtiger Punkt, um der Komplexität etwas Rechnung zu tragen. Das alleine reicht aber nicht. Die Stadt Luzern ist wieder Mitglied im Verband Luzerner Gemeinden (VLG), was nun ein Vorteil ist. Sie kann mit dem VLG Rahmenbedingungen für die Anstellungsverhältnisse der Schulleitungen thematisieren. Weiter sind die K5-Gemeinden daran, der Dienststelle Volksschule Vorschläge zur Reorganisation verschiedener Verordnungsvorlagen einzureichen. Diese betreffen auch die Anstellungsvorgaben für die Schulleitenden. Zudem soll auch eine stadtinterne Lösung für die Konsolidierung der Pensen auf passendem Niveau angestrebt werden. Die Führungsentwicklung, ein weiteres grosses Thema, muss angegangen werden und auch die schwierigen, belastenden administrativen Prozesse müssen dringendst optimiert werden. Auch das wird die Stadt jetzt zusammen mit den K5-Gemeinden anschauen.

Der Stadtrat ist sich sehr bewusst, dass nach dem gescheiterten Projekt der gemeinsamen Schulverwaltungssoftware erst recht Anstrengungen unternommen werden müssen. Ehrlicherweise ist zu sagen, dass man mit dem Kanton administrativ noch sehr kompliziert unterwegs ist. Umso bedeutsamer ist es, dass das Thema in den K5-Gemeinden nun verstärkt angegangen wird.

Kaum war eine Krise durch – sie ist leider noch nicht ganz durch –, kam die nächste, welche die Schulleitungen sehr belastete. In der Stadt wurden bis heute 125 Kinder aus der Ukraine aufgenommen. Gesamthaft entstanden in kurzer Zeit acht städtische Aufnahmeklassen. Das Schulhaus Mariahilf ist nicht das einzige mit zwei zusätzlichen Aufnahmeklassen. Es sind viele Schulhäuser

davon betroffen und die Schulleitungen stehen wieder sehr schwierigen und anspruchsvollen Situationen gegenüber. Die Rekrutierungssituation ist ein weiteres, sehr schwieriges Feld. Der Stellenmarkt ist völlig ausgetrocknet. Im Moment hat es 45 offene Stellen. Die Volksschule und der Stadtrat müssen sich die Frage stellen, wie Stellen attraktiver gestalten werden können. An welchen Rahmenbedingungen liegt es? Was muss es sein? Es ist eine hoch anspruchsvolle Situation. Als Fazit sagt die Sprechende: Dem Stadtrat und der Dienststelle Volksschule ist es sehr bewusst, dass es für die Schulleitungen schwierige Situationen sind, die auch noch andauern werden. Deshalb will der Stadtrat mit den K5-Gemeinden auf verschiedenen Ebenen, auch intern, Lösungen schaffen. Vertreter der K5-Gemeinden wie auch Vertreter der Dienststelle Volksschulbildung sind gerne bereit, in die Bildungskommission zu kommen, um entsprechend über den Stand, und was genau gemacht wird, zu informieren.

Somit ist die Interpellation 146 beantwortet.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann kommt nun zur Verabschiedung von Heidi Rast:

Heidi Rast wurde am 5. September 2019 vereidigt. Das war noch vor der Pandemie und die Welt schien noch in Ordnung zu sein. Von Beginn ihrer Amtszeit bis zu ihrem heutigen Austritt war sie Mitglied der Sozialkommission. In der Medienmitteilung der Grünen heisst es: «Als Soziokulturelle Animatorin lag Heidi Rast ein starker Einbezug der betroffenen Menschen in Projekten in ihrem Lebensraum besonders am Herzen, beispielsweise wenn es um die Aufwertung oder Neugestaltung von Quartier- und Spielplätzen ging». Dem Grossen Stadtrat wird ihr grosses Engagement in der Diskussion um den Fluhmühlepark in Erinnerung bleiben. In der Medienmitteilung des Nachrichtenportals Nau fand die Sprechende folgende Worte: «Mit dem Rücktritt von Heidi Rast verliert die Sozialkommission und der Grossstadtrat gemäss den Grünen eine starke Anwältin für soziale Gerechtigkeit und besonders vulnerable Menschen in Luzern».

Der Grosse Stadtrat verliert mit dem Rücktritt von Heidi Rast nicht nur eine Anwältin für soziale Gerechtigkeit, sondern auch eine sehr herzliche und lebenswürdige Kollegin. Sie hat ihr Amt mit sehr grossem Respekt ausgeübt. Ihre ruhige, ehrliche und respektvolle Art zu politisieren verdient grosse Anerkennung. Heidi Rast war eine Bereicherung für den Rat. Könnte man Heidi Rast klonen, gäbe es bestimmt weniger Gewalt auf dieser Welt. Der Rücktritt erfolgt heute aus privaten und beruflichen Gründen. Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann bedauert den Rücktritt sehr. Sie dankt Heidi Rast im Namen des Grossen Stadtrates für den grossen Einsatz für ein besseres Luzern und wünscht ihr von Herzen alles Gute.

Der Grosse Stadtrat und der Stadtrat schliessen sich dem Dank und den Wünschen mit einem langandauernden Applaus an. Als Abschiedsgeschenk wird Heidi Rast ein Glasteller mit persönlicher Widmung und ein frühlingshafter Blumenstrauss überreicht.

Heidi Rast sagt, dass nun ihr letztes Stündchen geschlagen hat, aber zum Glück nur im Parlament. Es ist ein spezieller, emotionaler Moment für sie, genauso wie vor drei Jahren, als sie das Amt antrat. Sie geht mit gemischten Gefühlen, weil das Amt sehr wichtig, anspruchsvoll und sehr

verantwortungsvoll ist. Heidi Rast dankt den Wählerinnen und Wählern der Stadt Luzern, die ihr vertrauten, dass sie das Amt auch in ihrem Sinn ausführen würde – sie hofft, dass sie es erfüllen konnte. Sie dankt dem Parlament und der Sozialkommission für die sehr wertschätzende Zusammenarbeit, sie dankt auch der Stadtverwaltung und dem Stadtrat für all die Unterstützung, wo immer es möglich war, und sie dankt der G/JG-Fraktion, die, wie sie findet, sensationell ist. Sie durfte extrem von allen profitieren. Heidi Rast dankt am Schluss auch ihrer Familie, die ihr immer wieder mal den Rücken freihielt und schliesst ihre Rede mit den Worten: So ist der letzte Glockenschlag verhallt – und ich sage Tschüss.

Langanhaltender Applaus der Anwesenden.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann: Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, 9. Juni 2022, wiederum im Kantonsratssaal, statt. Im Anschluss an die ganztägige Sitzung sind alle eingeladen, an einer Führung durch das sanierte Am-Rhyn-Haus teilzunehmen. Eine Einladung dazu folgt. Die Sprechende bittet, sich an- oder abzumelden, damit die Gruppengrösse für die Führungen organisiert werden kann. Ein kleines Apéro wird serviert.

Schluss der Sitzung: 10.15 Uhr

Luzern, 4. Juni 2022

Die Protokollführerin:



Karin Spinnler Schmid

Eingesehen von:



Michèle Bucher, Stadtschreiberin